

Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **6 (1986)**

Heft 12

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Editorial

Wir haben ein Recht auf unsre Angst. -
Wer keine Angst hat, billigt AKW's; wer keine Angst hat, billigt das Militär; wer keine Angst hat, billigt Raketenstationierung; wer keine Angst hat, billigt SDI; wer keine Angst hat, billigt den Tag nach der Apokalypse.

Guido Bachmann, Basler AZ, 21.11.86

Ein Ethos der Beängstigung um den Natur- und Lebenszustand, von dem nach Tschernobyl bereits im Editorial des letzten WIDERSPRUCH-Heftes 11 die Rede war, breitet sich nach der Sandoz-Chemiekatastrophe in Schweizerhalle weiter aus. Es artikuliert Ängste und macht die Wut und Empörung eines um sich greifenden Protestes und Widerstandes in all seinen Nuancen politisch: gegen die Zerstörungsgewalt der Grosstechnologien, gegen die Verseuchung der Natur und die Schamlosigkeit der Gen- und Reproduktionstechnologie.

Ein *moralischer Impuls* schlägt als *politisches Ethos* in Gewerkschaften, Organisationen und Aktionsgruppen durch im Kampf um Mitbestimmung und Kontrolle in der Produktion sowie um humane Existenzsicherung, alternative Produktions- und Lebensformen. Dieser Kampf bleibt verbunden mit der "proletarischen Kraft von unten" (Wallraff) angesichts der zunehmenden materiellen Existenznot und neuen Armut der westlichen Industrieländer.

Durchschaut wird an den Katastrophenfolgen untrüglicher denn je das Profitinteresse einer geldbesessenen und rüstungswütigen Banken-, Industriel- & Militaristenclique; entlarvt werden die demagogischen Parolen vom 'drohenden Wohlstandsverlust' und dem 'steigenden Sicherheitsbedürfnis' als das, was sie sind: Angstmacherei und Verpflichtung der arbeitenden Bevölkerung auf Konsumzwang, Zahlungsfähigkeit und Pump. Und dies im Interesse eines 'Gemeinwohls', das Eigennutz, Rechte und Pflichten machtpolitisch wohl auszubalancieren respektive zu bilanzieren versteht: in den Strategien der "Risikogesellschaft". Darin, dies hat U. Beck (1986) aufgezeigt, werden Verteilungskonflikte der Klassengesellschaft überlagert durch die "Selbstgefährdungspotentiale" und "Betroffenheiten" einer Risikoproduktion und Risikenverteilung. Ganz der 'Logik' der Profitmaximierung entspricht es, selbst noch auf die Ausbeutung der selbstproduzierten Schäden und Folgenlasten zu spekulieren und diese einzukalkulieren. In den Dienst des Profitinteresses ist eine "zivilisatorische Sklavenmoral" getreten, in der die Abwesenheit von isolierbaren Einzelursachen, Verantwortlichkeiten und Verursacherhaftung in Recht und Politik hemmungslos ausgenützt wird. (Stand im Mittelalter auf Brunnenvergiftung noch die Todesstrafe, so gelten 'Umweltschäden' heute bloss als 'Kavaliersdelikte'.) Mehr noch: Während Chemie-Multis durch ihre Ausbeutungspolitik in den Zentren der Dritten Welt Flüchtlingselend und ein "Proletariat der Weltrisikogesellschaft" mitproduzieren, hat der traumatisierte Wohlstandstäter und zugleich potentielles Katastrophenopfer in den Zentren der Industrieländer scheinbar ausweglos eine Kollektivschuld dieses "Risiko"-Imperialismus mitzuverantworten. Und zwar "auf Gedeih und Verderb", wie die NZZ (15./16.11.86) orakelt.

Freilich: Die globale Gefährdungslage, die keine nationalstaatlichen Grenzen kennt, im alten *Mythos* einer neuen "Schicksalsgemeinschaft" festschreiben und vernebeln zu wollen (bis hin zur 'Roten Revue', 12/1986),

kennzeichnet die ideologische Stossrichtung eines Technologismus, der sich normativ nicht an Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert, sondern einen fatalen Sicherheitswahn beschwört. In Kauf genommen wird eine pervertierte Ethik der Risikoproduktion, deren Folgen vor allem die lohnabhängige Bevölkerung treffen. Es ist dies die 'Ethik' der Wirtschaftsfreiheit, die nach G. Anders (1980) einer "Metaphysik des Industrialismus" geschuldet ist. Analog dem nationalsozialistischen "lebensunwerten Leben" gibt es mehr denn je "existenzunwertes Seiendes – Sein ist Rohstoffsein": nichts ist nicht ausbeutbar, artifiziell nicht herstellbar, genetisch nicht manipulierbar. Über die Zeiten der "allgemeinen Korruption, der universellen Käuflichkeit" (Marx) hinaus hat der "Technofaschismus", von dem A. Gorz (1977) sprach, sich des gesellschaftlichen Umbruchs in der Moderne schleichend bemächtigt.

In Millionenhöhe wird zur Verharmlosung des technologischen Modernisierungsplans in Krisen- und "Risk-Management" (NZZ 11.11.86) investiert, wogegen seit Mitte der siebziger Jahre mit dem 'Recht auf Arbeit' aufgeräumt wurde, aber auch die Arbeitsmoral sich als brüchig erwies; ihre Herrschaftsfunktion ist geschwächt, wo die Wertlosigkeit von Arbeit und Arbeitenden noch nicht durch Dauerarbeitslosigkeit besiegelt ist. Gleichzeitig hat wiederum durch Angst vorm Arbeitsplatzverlust Lohnarbeit eine neue Bindequalität erhalten – im sozial-darwinistischen Selektionsinteresse der 'Arbeitgeber'. Dass die "Wertbasis des 'Kapitalismus'" unter einem "permanenten Rechtfertigungszwang" (NZZ 29./30.12.84) steht, ist daher nicht zufällig; marktterroristisch setzt sie ihre ethischen Handlungsmaximen, die sie neoliberal hochhält, faktisch ausser Kraft. Die Überwindung der Angst und die soziale Befriedung durch Gewaltandrohung an allen Fronten ist die Devise der Akzeptanzstrategie, wenn es weiterhin gilt, "High-Tech" als "Weltkultur" (NZZ) oder mit anderen Worten: den militärisch-industriellen Komplex durchzusetzen. So auch ist es mit der totalitären Abschreckungsdoktrin bestellt: keine atomare Dissuasion ohne "moral suasion". Doch auf Alltagsmoral ist wenig Verlass, der bürgerliche Moralkodex, der von der Befehlsgewalt, militärisch oder familiär, so gleitend zum Betriebs- und Kadavergehorsam führt, ist merklich erschüttert, ein Konsensverlust der "Technologie-Gemeinschaft" (K. Furgler) und der Wehr-Willens-Nation unübersehbar, die Wachstumsindustrie zerstört in ungeahntem Ausmass sich selbst.

Als Reaktion auf die *Entmoralisierung* der dominierenden Wissenschaften (allem voran in der Systemtheorie), der Ökonomie und Technik sowie auf die "strukturelle Korruption des Staates" (H. Saner im WIDERSPRUCH 10/85) und der herrschenden politischen Kultur ist eine *Remoralisierung* von Produktions-, Arbeits- und Politikformen im Gange. Dazu Aspekte und Analysen in den Beiträgen des vorliegenden Themenschwerpunkts '*Moral und Macht*'.

Wenn Männer beginnen, sich dem Thema Patriarchat nachdenklicher zu stellen, kommt unüberhörbar eine gewisse Verlegenheit ins Spiel: Gibt es denn über die feministische Kritik an der desolaten Männerkultur hinaus noch etwas von Männerseite beizutragen? Es müsste. Der Schriftsteller Otto F. Walter versucht es in einem 'Brief an einen Sohn'.

Mit *Jakob Juchler's* Beitrag 'Realsozialismus als Gesellschaftsformation?' wollen wir mit einer längst fälligen Sozialismus-Diskussion beginnen. Juchler arbeitet in einem ersten Schritt überblickartig die marxistischen Interpretationsansätze in der Sozialismus-Diskussion seit den siebziger Jahren auf; in einem zweiten Schritt skizziert er mittels einer Typologie von Gesellschaftsformationen Aspekte gesellschaftlicher Entwicklungsperspektiven des Realsozialismus.

Christoph Müllers Abrechnung mit dem Keynesianismus in WIDERSPRUCH Heft 11/86 hat einige zentrale Fragen offen gelassen. *Alfred Iseli* aus dem WIDERSPRUCH-Kreis in Bern repliziert auf Müllers 'Thesen zu einer Nachkriegsideologie' von einer linkskeynesianistischen Position aus, die u.a. auf das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit als Postulat linker sozialökonomischer Politik nicht verzichten will. In seinem Rezensions-Essay verortet *Hans Peter Kriesi* die neueren Arbeiten des amerikanischen Politikwissenschaftlers P.J. Katzenstein in der aktuellen Korporatismus-Debatte. Von besonderem Interesse sind dabei Katzensteins Auseinandersetzungen mit dem 'Sonderfall Schweiz'.

Desweiteren berichten *Sidonia Blättler* und *Irene M. Marti* ausführlich und kritisch über das 4. Symposium der Philosophinnen in Klagenfurt: 'Jenseits von Herrschaft – feministische Perspektiven praktischer Philosophie'; *Urs Sekinger* über einen Mariategui-Gramsci-Kongress in Hamburg sowie *Emilio Modena*, nicht zuletzt in Anknüpfung an das WIDERSPRUCH-Heft 9/85 'Psychokultur zwischen Angst, Macht und Utopie', über die Tagung 'Psychoanalyse und revolutionärer Prozess' in Zürich,

In eigener Sache

Moral ist Zahlungsfähigkeit.
H. Heine

Im Juli 1984 haben wir letztmals den Preis des Einzelheftes von 9 auf 10 Franken erhöht. Bei einem Buchhändler Rabatt von 30 Prozent und Produktionskosten (Satz, Druck) von 7.50 Franken pro Heft verlieren wir beim Heftpreis von 10 Franken im Buchhandel pro Heft 50 Rappen. Das war tragbar, solange die Verkaufszahlen im Buchhandel hinter denen im Direktverkauf zurückblieben. Seit der Verkauf des WIDERSPRUCH im Buchhandel in der Zwischenzeit stetig zunimmt, hat sich die Lage zu unsrem Nachteil geändert. Wir sehen uns deshalb gezwungen, den Einzelverkaufspreis pro Heft auf 12 Franken zu erhöhen. Damit sind unsre Ausgaben auch im Buchhandelsverkauf knapp gedeckt. Wobei 12 Franken für 150 Seiten Analyse, Diskussion und Information immer noch sehr preisgünstig sind; für die Redaktion ist dieser Preis nur durch viel Gratisarbeit möglich.

Als Anreiz für die Abonnenten soll der bisherige Abopreis von 9 Franken pro Heft bestehen bleiben. Damit lohnt es sich besonders, den WIDERSPRUCH zu abonnieren. Und wer das Zeitschriftenprojekt generöser unterstützen will, kann ausser Spenden dem Förderverein WIDERSPRUCH beitreten mit 120 Franken. (Siehe dazu den Bericht auf der folgenden Seite).

Redaktionskollektiv WIDERSPRUCH